

## Zentrale Erkenntnisse des C/sells-Expertendialogs im LK Ebersberg

**Veranstaltungsort:** Gsprait 6, 85560 Ebersberg **Datum:** 03.05.2018

**Protokoll und Zusammenfassung:** Smart Grids-Plattform Baden-Württemberg e.V.

### Wünsche an die Politik

- Die Politik sollte mit gutem Beispiel vorangehen, proaktiv agieren und die Themenfelder Klimawandel und Erneuerbare Energien nicht aus politischen Erwägungen hintenanstellen. Ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz und die Unterstützung von entsprechenden Maßnahmen werden erwartet.
- Die involvierten Akteure benötigen Planungssicherheit, dies betrifft insbesondere diejenigen Akteure, die stark von der Regulierung abhängig sind. Da sich die Gesetzeslage kontinuierlich ändert, wird ein Agieren immer schwieriger. Hier wird die Landes- wie Bundespolitik aufgefördert, vorhersehbarer und berechenbarer zu agieren. Ebenso gilt es im Vorfeld die Machbarkeit mit den betroffenen Akteuren abzustimmen.
- Für die bayerische Landespolitik gilt es, eine praxistaugliche Revision der 10H-Regel vorzunehmen beziehungsweise deren grundsätzliche Erforderlichkeit zu prüfen: Neuanlagen sollten nicht aufgrund des Abstandskriteriums restriktiv ausgeschlossen werden. Stattdessen soll eine prinzipielle Letztentscheidung der Bürgerschaft der betroffenen Gebiete bezüglich der Aufstellung von WKA vorgesehen werden.
- Von der Landesregierung wird ein konkreter Vorschlag zur Realisierung der Energiewendeziele erwartet. Absichtserklärungen ohne konkrete Umsetzungspläne motivieren die Bürger\*innen nicht ausreichend.
- Die Installation und der Betrieb von Anlagen im privaten Rahmen muss von der Bundes- und Landespolitik nach Kräften vereinfacht werden. Hier besteht großes Potenzial, um die Hürden für Bürger\*innen zu senken. Dabei muss der reibungsfreie Betrieb im Konsens mit den Netzbetreibern gewährleistet werden.

### Herausforderungen für die lokalen Akteure

- Konkrete Hemmnisse und Hürden, die derzeit bestehen, wie etwa die Komplexität zur Anmeldung von privaten Klein- und Kleinstanlagen oder dass die 10H-Regel in ihrer jetzigen Form Neuanlagen selbst bei entgegenstehendem Bürgerwillen verhindern würde, müssen an politische Entscheidungsträger auf Landes- und Bundesebene klar kommuniziert und als gemeinsame Forderungen artikuliert werden.
- Die Umsetzung der Energiewende erfolgt eher von unten als von oben. Regionales Engagement und ein starkes Miteinander zwischen Kommune, Landkreisen, Bürger\*innen, Betreibern, Verbrauchern und Genossenschaften bergen Potenziale, durch Aktionen vor Ort das Energiesystem zu erneuern.
- Auch für Akteure, die bislang wenig öffentlich in Erscheinung traten (wie VNB), wird eine proaktive Kommunikation notwendig, da diese etwa durch die obligatorische Installation intelligenter Messsysteme in den Fokus rücken. Weiterhin erfordern neue Geschäftsmodelle (etwa der Handel mit Flexibilität) eine ausreichende Wahrnehmung, um Partner zu akquirieren.
- Die gesellschaftliche Diskussion ist im Allgemeinen stark auf Strom fokussiert => Mobilität und Wärme dürfen weder in der Umsetzung, noch in der Kommunikation vernachlässigt werden.
- Generell werden Anlagen in Bürgerhand unkritischer gesehen und erregen weniger Widerstand. Diese ermöglichen daher eine verstärkte Beteiligung und Bewusstseinsbildung, weshalb diese als Positivbeispiele in der Kommunikation eine relevante Rolle spielen können.

## Teilnehmerkreis (Institutionen)

- 3E Eigene Erneuerbare Energie Genossenschaft eG
- Bayernwerk AG
- EBERwerk GmbH & Co. KG
- Energieagentur Ebersberg-München gGmbH
- Energiewende Vaterstetten
- Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V.
- Smart Grids-Plattform Baden-Württemberg e.V.
- Stadtwerke München GmbH
- Windenergie Osterkling GmbH & Co. KG